



Niederschrift

7. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Februar 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 8 der Tagesordnung: Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber

Antrag: AfD

Vorlage: 2024/1334/1

Beschluss:

Ablehnung des Antrags

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Ablehnung (5 JA-Stimmen, 41 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende setzt die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Januar 2025.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Gewährung von Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber unterbindet den Transfer solcher Mittel ins Ausland, insbesondere damit, die Schlepper zu bezahlen, die illegale Einreisen nach Deutschland erst ermöglicht haben. Diese Problematik hat inzwischen auch unsere grün-schwarze Landesregierung erkannt, weshalb sie eine Bezahlkarte für diese Leistungen einführt.

Nun sagt die Stadt, unser Antrag hätte sich mit der Einführung dieser Bezahlkarte für die Leistung erledigt und man möge das Resultat davon abwarten, wie sich das denn so entwickelt. Wir sind mit dieser Antwort jedoch nicht zufrieden, denn Erfahrungen aus anderen Bundesländern, wie etwa Bayern oder Berlin, haben gezeigt, dass eine solche Bezahlkarte durch die Einrichtung von Tauschbörsen ausgehebelt werden kann. Denn bei diesen Tauschbörsen können Gutmenschen ihr Bares gegen Gutscheine, die die Leistungsbezieher mit ihrer Bezahlkarte bargeldlos erworben haben, eintauschen. In Regensburg gibt es derzeit mehrere solcher Tauschbörsen, unter anderem eine von den dortigen Kreisverbänden der GRÜNEN und einen von dem der Linken. Die Vertreter jener Parteien haben in der Januarsitzung des Hauptausschusses bzw. in einem heute auf der Tagesordnung zur Überweisung in einen Ausschuss stehenden Antrag sich gegen die Bezahlkarte ausgesprochen. Daher müssen wir davon ausgehen, dass bei Einführung der Bezahlkarte, wie ihre Parteifreunde in Bayern, das hier ebenfalls aushebeln werden. Aus diesem Grunde fordern wir

eben hier in Karlsruhe die Einführung von Sachleistungen. Bei deren Ausbringung kann ja gerne die sogenannte Zivilgesellschaft, die sich liebevoll um Asylbewerber kümmert, die Stadt dabei unterstützen. Wenn Sie also möchten, dass Recht und Gesetz in Karlsruhe nicht unterlaufen werden kann und damit eine Delegitimierung des Staates und seiner Gesetzgebung erfolgen kann, sollten Sie unserem Antrag zustimmen. Mit einem Nein dazu machen Sie deutlich, dass Sie mit Recht und Gesetz nicht allzu viel am Hut haben, danke.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Es ist kein Zufall, dass sich die beiden Anträge, TOP 8 und TOP 9, auf die gleiche Zielgruppe beziehen, die Asylbewerber*innen. Sie sind für die AfD das Feindbild schlechthin. Es sind immer wieder die Asylbewerber*innen, die Sie pauschal als vermeintlich homogene Gruppe unter Generalverdacht stellen, die Sie mit allen möglichen negativen Eigenschaften ausstatten und denen Sie das Leben hier mit Sondermaßnahmen und Sanktionen so unangenehm wie möglich machen möchten. Bei Ihrer Argumentation bedienen Sie sich einer Sprache, die scheinbar harmlos klingt, jedoch aufbaut auf abwertenden, ausgrenzenden, Narrativen und haltlosen Unterstellungen.

In diesem Antrag ist es Ihre Tatsachenbehauptung, dass sich zu Monatsbeginn Kundenschlangen vor den Banken bilden, um, wie Sie schlussfolgern, Geld aus staatlicher Unterstützung ins Ausland zu überweisen. Ich frage mich, woher wissen Sie, wer diese Menschen in den Kundenschlangen sind und was sie tun. Woher haben Sie die Gewissheit, dass es sich erstens aufgrund des Aussehens nur um Asylbewerber*innen handeln kann, und zweitens, dass diese Auslandsüberweisungen an Schlepper tätigen? Solche absurden Schlussfolgerungen sind nur erklärbar durch ein rassistisches Menschenbild, nach dem Menschen aufgrund äußerlicher Merkmale oder negativer Fremdzuschreibungen kategorisiert werden. Dass Ihre Unterstellung auch wissenschaftlich nicht haltbar ist, zeigt unter anderem eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die belegt, dass lediglich 7 % der Geflüchteten Geld ins Ausland überweist. Die Verwaltung verweist in ihrer Stellungnahme auf die schrittweise Einführung der Bezahlkarte in Baden-Württemberg.

Unseren Informationen nach ist die rechtsverbindliche Verpflichtung einer Einführung für alle Kommunen noch nicht final geklärt. Zudem gibt es viele Fragezeichen bei der Umsetzung. Welche Konsequenzen hat sie für das Verwaltungshandeln, aber vor allem auch für die Geflüchteten? Wir begrüßen sehr, dass die Verwaltung die Erfahrungen der Pilotphase abwarten möchte. Sollte die Bezahlkarte tatsächlich in Karlsruhe eingeführt werden müssen, werden wir GRÜNE Verschärfungen im Sinne von Restriktionen wie Bargeldobergrenzen als diskriminierend ablehnen, vielen Dank.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Erst einmal zu den Antragstellern, wenn Sie uns hier über Recht und Gesetz belehren, und zwar ausgerechnet eine Partei, die auch in Baden-Württemberg inzwischen vom Verfassungsschutz beobachtet wird, finde ich das als Juristin schon sehr bezeichnend. Ihr mangelndes Rechtswissen und Ihre Rechtsunsicherheit zeigen Sie aber schon auch in Ihrem Antrag und in Ihrem gesamten Redebeitrag, denn worum geht es. Vorweg, man kann zur Bezahlkarte stehen, wie man will. Man kann das auch sachlich in die eine wie in die andere Richtung argumentieren. Was Sie allerdings grundlegend verkennen, ist die Situation in Karlsruhe. Sie erzählen hier uns irgendetwas von Regensburg, völlig außerhalb unseres Bundeslandes, außerhalb unserer Zuständigkeitskompetenz und der Gemarkungsgrenzen unserer Stadt. Was ist denn Karlsruhe? Karlsruhe ist eine Landeserstaufnahmeeinrichtung. Da ist schon einmal ein grundlegender Unterschied. Und die Verwaltung hat es ja in ihrer Stellungnahme auch korrekt ausgeführt. Wir sind als

Landeserstaufnahmeeinrichtung ohnehin weitgehend von der Aufnahme geflüchteter Menschen ausgenommen. Das ist einmal der erste Punkt, auf den Sie auch überhaupt nicht zu sprechen kommen, wahrscheinlich weil Sie es vielleicht so auch nicht registriert haben oder registrieren wollen. Das heißt, es geht hier maximal um 150 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Da wird die Stadtverwaltung, wie sie es auch ankündigt, die Ergebnisse der Einführungsphase der Bezahlkarte abwarten und dann stufenweise ja auch umsetzen. Das heißt, in der Sache hätte sich Ihr Antrag ohnehin erledigt gehabt. Aber sie provozieren ja mit Ihrem Antrag eigentlich auch etwas ganz anderes, was ja auch wieder erkennbar wird, wenn Sie uns über Recht und Gesetz belehren. Ihnen geht es gar nicht darum, wie ist die rechtliche Situation einer Landeserstaufnahmeeinrichtung zu bewerten im Landesrecht, wo sind die Unterschiede, das beleuchten Sie im Detail gar nicht, denn darum geht es nicht. Es geht, wie mit diesem unsäglichen Abschiebeticket, darum, jetzt wieder Menschen zu stigmatisieren und hier zu spalten, den Boden des politischen Anstandes zu verlassen. Das lehnen wir als CDU entschieden ab.

Stadträtin Melchien (SPD): Von meinen beiden Vorrednerinnen wurde schon sehr Gutes zum Thema gesagt. In Karlsruhe als Stadt des Rechts, auch wenn Herr Schnell hier anderes behauptet, halten wir uns als Gemeinderat, halten wir uns als Verwaltung natürlich an Selbiges. Wir folgen der Empfehlung der Verwaltung auf diesen Antrag hin.

Es wurde bereits erwähnt, das Land Baden-Württemberg ist auf dem Weg der Einführung. Gemäß den rechtlichen Vorgaben wird das auch in Karlsruhe passieren. Ich finde es allerdings nicht so entscheidend, ob jetzt die Hilfe in Euros in Form einer Bezahlkarte gewährt wird. Wichtig ist, mit welcher Haltung man hier herangeht. Wenn man Ihren Antrag ernst nimmt, so wären Sie bereit, einen Mehraufwand zu betreiben, um in einer Übergangsphase, oder wie lange auch immer, Kosten zu verursachen, einzig mit dem Ziel, Menschen, die es eh schon wahnsinnig schwer haben, es noch schwerer zu machen. Wir als SPD können hier der Verwaltung voll und ganz folgen und lehnen Ihren Antrag ab.

Ich möchte hinzufügen, dass auch, weil er reine Symbolpolitik wäre, hier mit dem Ziel, die Gesellschaft zu spalten und auf dem Rücken der Schwächsten sich zu profilieren, wir diesen Antrag ablehnen, nicht weil wir prinzipiell Ihnen vorwerfen, Symbolpolitik zu betreiben. Symbol gehört zur Politik oftmals hinzu. Es wichtig, dass wir starke Symbole finden, mit denen man auch Inhalte transparent machen kann. Wir möchten, und das möchte ich an dieser Stelle ankündigen, nach der Bundestagswahl in der nächsten Gemeinderatssitzung gemeinsam interfraktionell eine Resolution einbringen, die ein anderes Verhalten Ihrerseits in aller Schärfe öffentlich kritisiert, die sogenannten Abschiebetickets. Wir hatten es zumindest schon im Hauptausschuss davon, die Sie als AfD auf den Weg gebracht haben. Wir wollen uns als Karlsruher Gemeinderat demgegenüber verhalten, das verurteilen, weil es nicht deshalb falsch ist, weil es ein Symbol, weil es Symbolpolitik wäre, sondern weil es menschenverachtend ist, weil es zeigt, dass es Ihnen nicht darum geht, unsere Gesellschaft voranzubringen, sondern dass es Ihnen darum geht, diese Gesellschaft zu spalten. Darüber möchten wir in der nächsten Sitzung ausführlich sprechen, vielen Dank.

Stadtrat Nguyen (Volt): Die Begründung Ihres Antrags ist sehr interessant. Hier steht von Kundenschlangen, die sich zu jedem Monatsbeginn vor verschiedenen Geschäftsstellen bilden. Wahrscheinlich sind die Schlangen von AfD-Mitgliedern, die das Ganze beobachten, auch sehr interessant. Also gibt es kein besseres Hobby? Und wenn Sie schon dabei sind,

wie Iris gesagt hat, warum interviewen Sie die Leute in der Schlange einfach nicht, um herauszufinden, wer denn tatsächlich hier Sozialleistungen ins Ausland überweist oder nicht. Das ist einfach nur eine Unterstellung, genau wie eine Unterstellung, dass das Geld dafür benutzt wird, irgendwelche Schlepperbanden zu finanzieren. Wissen Sie, diese Leistungen sind nicht sehr hoch. Man müsste sehr, sehr, sehr, sehr viel Geld und sehr lange drauf sparen, um irgendwelche Schlepper zu finanzieren. Das sind einfach alles nur Unterstellungen, und das kenne ich ja schon.

Ich bin hier auch nach Deutschland eingewandert in den Jahren. Man musste sich schon alles anhören. Einmal früher in den 90er Jahren haben wir den Deutschen die Jobs weggenommen. Gleichzeitig waren wir auch faul, also sogenannte Schrödingers Ausländer. Schade, dass wir jetzt immer noch mit diesen Vorurteilen zu kämpfen haben. Ich erzähle Ihnen mal, wenn ich darf, aber jetzt aus meiner persönlichen Geschichte. Meine Eltern sind Asylbewerber, also wir sind ehemalige Asylbewerber, also ich weiß, wovon ich spreche. Meine Eltern, und jetzt bitte nicht ausflippen, sie haben auch Geld ins Ausland geschickt in ihrer Zeit als Asylbewerber, und ich erkläre auch warum. Es geht einfach darum, dass sie Geschwister und Eltern haben im Ausland. Es geht einfach um Liebe und um Fürsorge für die eigene Familie, auch wenn sie 10.000 Kilometer weit entfernt ist. Zum Beispiel mein Onkel konnte sich damit ein kleines Business leisten, weil er auf einmal ein Moped sich anschaffen konnte. Mein Cousin hat eine lebensnotwendige Herz-OP sich bezahlen können, damit er weiterleben kann.

Ich glaube, das ist ja auch gar nicht das Problem. Also wir können uns darauf einigen, dass das Geld, das ins Ausland kommt, ja eigentlich egal ist, woher das kommt, ob das über Sozialleistungen, über Spenden oder über harte Arbeit ist. Es geht einfach darum, dass wir doch den Menschen helfen müssen. Es geht ja auch um Empathie, denn eine Frage an Sie alle. Würden Sie es denn anders machen, wenn Sie Familie im Ausland haben? Wahrscheinlich nicht. Und dann können Sie doch die nötige Empathie aufbringen, um sich in die Lage von diesen Menschen hineinzusetzen. Sie würden es doch genauso machen. Deswegen das ganze Drangsalieren verurteilen wir bei Volt. Bei meinen Eltern jetzt noch einmal, um zurückzukommen, da handelte es sich um ihr hart erarbeitetes Geld. Also keine Sorge, es waren keine Sozialleistungen, aber lassen Sie uns doch hier, wenn wir schon dabei sind, konstruktiv sein und die Lösungen herbeiführen. Lassen Sie uns doch versuchen, dass die Menschen schneller in den Arbeitsmarkt integrieren werden und dass sie auch eine Perspektive haben und auch sinnstiftend Geld verdienen können. Das ist ja auch ein verstecktes Potenzial für unser Land, und dann ist es doch völlig egal, wer das Geld wohin schickt. Also deswegen lehnen wir bei Volt diesen Antrag und auch den Folgeantrag ab.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Ob jetzt Sachleistungen oder die Einführung der Bezahlkarte, die dem ja eigentlich fast gleich kommt, weil damit auch nur bestimmte Dinge nachher gekauft werden können, und genau deswegen gibt es ja diese Initiativen, die ermöglichen, dass man da das eintauschen kann in Bargeld, weil gerade Leute mit wenig Geld sind einfach angewiesen auf den Einkauf in Kleinläden und auch zum Beispiel zum Flohmarkt oder sonst was zu gehen. Und es ist einfach nur menschenverachtend, hier den Leuten etwas vorzuschreiben, für was sie ihr existenzsicherndes Geld, was sie da bekommen, ausgeben sollen. Für uns ist es daher einfach ganz klar wieder mal rassistische Hetze, hier von der AfD, und populistische Symbolpolitik, die wir natürlich auf das Schärfste ablehnen müssen. Und auch das Forum Freiheitsrechte hat festgestellt, dass selbst die Bezahlkarte in ihrer restriktiven Form eben den grundrechtlichen Anspruch auf die Gewährleistung eines

menschenwürdigen Existenzminimums bereits verletzt, und daher würden auf jeden Fall auch solche Sachleistungen, wie Sie die hier fordern, das auch tun. Insgesamt müssen wir hier einfach noch einmal daran erinnern, Menschenwürde laut Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes und des Sozialstaatsprinzips Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz ist für alle Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrer Herkunft, zu garantieren und unabhängig auch von ihrem Aufenthaltsstatus. Und daher verbitten wir uns solche Anträge und lehnen das ab.

Stadtrat Seidler (AfD): Ich will eigentlich nur ein bisschen auf die Doppelbödigkeit der CDU-Fraktion hinweisen. Erstens einmal, die AfD ist ein Verdachtsfall, das Zweite, das ist kein gesicherter Fall. Das habe ich dem Kollegen Dirk Müller auch schon einmal im Ortschaftsrat Durlach erläutern dürfen. Zweiter Punkt, Bundeswahlprogramm der CDU, Vorrang von Sachleistungen, ganz generell sollen Sachleistungen, wo immer möglich, Vorrang vor Geldleistungen haben. Die Bezahlkarte soll flächendeckend und restriktiv in allen Bundesländern eingeführt werden. Für Ausreisepflichtige richten wir die Sozialleistungen an dem vor Gericht aufgestellten Grundsatz Bett, Brot und Seife aus und sehen, wo immer möglich, ein gänzliches Leistungsausschluss vor, CDU. Wenn wir das sagen würden, ich wüsste nicht, was hier für eine Empörung wäre.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. März 2025